

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Wilsdruff der Fern- und Postkarte nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zeitungspreis bei Geschäftsleistung monatlich 20, durch unsere Mitglieder zugesendet in der Regel monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen monatlich 30. Mit dem Wilsdruffer und Wilsdruffer (beide) unter Aufsicht der Reichsdruckerei in Leipzig. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Zwischenfälle hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Zeitungspreises.



Inferatentext. Mit der die 6 gefalteten Kuponstübe oder deren Raum, Resten, die 2 heilige Kuponstübe. Bei Wiederholung und Jahresbeitrag entsprechender Preisnachlass. Zeitungsleistungen im amtlichen Teil für den Zeitungsbesitzer die 2 gefalteten Kuponstübe. Mit Nachvollziehbarkeit 50 Pf. Kuponstübe im amtlichen Teil für den Zeitungsbesitzer die 2 gefalteten Kuponstübe. Bei Wiederholung und Jahresbeitrag entsprechender Preisnachlass. Zeitungsleistungen im amtlichen Teil für den Zeitungsbesitzer die 2 gefalteten Kuponstübe. Bei Wiederholung und Jahresbeitrag entsprechender Preisnachlass. Zeitungsleistungen im amtlichen Teil für den Zeitungsbesitzer die 2 gefalteten Kuponstübe.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöschel, für den Inferatenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 143

Donnerstag den 22. Juni 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Freibank. Donnerstag den 22. Juni von vormittags 9 Uhr ab Verkauf von rohem Rindfleisch. Pfund 28 Mark. Wilsdruff, am 21. Juni 1922.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr anzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Poincaré und Lloyd George haben vereinbart, daß bis zu einer für später geplanten neuen Zusammenkunft zwischen ihnen keine Maßnahmen gegen Deutschland ergriffen werden sollen.
- * Die Beratungen der Parteien über die Getreideumlage haben die Wahrscheinlichkeit einer Mehrheit für die Regierungsvorlage sehr vergrößert.
- * Polnisches Militär ist in Rattowitz und deutsche Reichswehr in Kreuzburg und Oberglogau eingetroffen.
- * In den Alpen ist Schneewetter eingetreten. Am Wagnmann sind mehrere Touristen im Schneesturm umgekommen.
- * Von dem im Hamburger Hafen gesunkenen Dampfer „Aure“ wurden weitere zehn Tote geborgen.

Nach dem Frühstück.

Ohne den gewaltigen Apparat der allzu läppig ins Kraut geschossenen Konferenzen haben diesmal Lloyd George und Poincaré sich in London zusammengefunden und im Anschluß an ein gemeinsames, in kleinem Kreise eingenommenes Frühstück der Lösung jener großen Fragen näherzukommen gesucht, die die europäische Politik nun schon seit Jahren nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Bei Kaffee und Zigarren läßt sich auch ungewohnt gemüthlicher und fruchtbringender sprechen als vor einem Parterre von Zuhörern, die mehr auf Konflikte und Sensationen als auf Ausgleich und Verständigungen eingestimmt sind.

Was aber ist nun diesmal bei dem Stehstuhle zu zweien herausgekommen? „Reuter“ faßt sich kurz und teilt lediglich mit, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranlassen werde, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré werde wahrscheinlich Ende Juli nach England zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Zwischenzeit aber würden Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht in Aussicht genommen. Die französische Nachrichtenagentur ist wortreicher, ohne in der Sache selbst mehr zu verraten. Ihr zufolge würde indessen nicht die Reparationskommission, sondern das jetzt in Berlin eingetroffene Garantie-Komitee die neue Untersuchung über die Lage der deutschen Finanzen vornehmen und seinerseits darüber nach London und Paris Bericht erstatten. Dem französischen Ausgangspunkte in seinem ganzen Verhalten und gegenüber entsprechend wird dann noch hinzugefügt, daß, wenn Deutschland sich weigere, die nun zu verhängenden Kontrollmaßnahmen anzunehmen, oder sie umgekehrt, nachdem es sie angenommen habe, eine beabsichtigte Verschärfung festgesetzt und danach die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden würden. Anders tun es nun einmal die Herren Franzosen nicht — deutsche Verschleppungen sind das zweite Wort, das sie im Munde führen, dessen sie nicht entbehren können, wenn und solange und so oft im Verhältnis zu uns von Krieg und Frieden und von Kontribution die Rede ist.

Aus der Verschiedenheit der englischen und französischen Berichterstattung über die Londoner Frühstückunterhaltung läßt sich ziemlich sicher die Tatsache entnehmen, daß dort gerade über die Unstimmigkeit dieses Ausgangspunktes, sei es direkt, sei es indirekt, verhandelt worden ist. Die Engländer sind nüchtern genug, die Dinge nun doch schon etwas mit anderen Augen anzusehen, während die Franzosen es nicht besser wissen oder gar nicht besser wissen wollen, als daß lediglich schlechter Wille auf unserer Seite die europäischen Völker immer noch in Atem hält. Hat Herr Poincaré nicht einmal die Denkschrift des Internationalen Bankenausschusses eines besseren belehrt, so muß er auch den Nachforschungen Lloyd Georges und seiner Ministerkollegen gegenüber zum mindesten nach außen hin den Anschein aufrecht erhalten, als wenn sich an seiner Grundauffassung der Verhältnisse nichts geändert habe. Wieder einmal ist deshalb irgendeine materielle Entscheidung in der brennenden Reparationsfrage um Wochen hinausgeschoben worden, wieder einmal muß die Lage unserer Finanzen noch erst unendlich „untersucht“ werden — als wenn nicht nachgerade bereits jeder Dilettant mit ihr einigermaßen Befehd wüßte.

Im Hintergrunde dieser Verschiebung schimmert aller Wahrscheinlichkeit nach die Hoffnung auf Konflikte zwischen dem neu aufstrebenden Garantiekomitee und der deutschen Regierung. Seine Befugnisse will natürlich Herr Poincaré soweit als möglich gezogen wissen, und von der Tatsache, daß Deutschland sich mit der Einsetzung dieser Finanzkommission nur unter der Voraussetzung des vorzeitigen Zustandekommens einer großen Anleihe einverstanden erklärt hat, weiß der französische Ministerpräsident überhaupt nichts mehr. Die deutsche Regierung dürfte aber in diesem Punkte doch wohl ihre frühere Auffassung nicht so ohne weiteres preisgeben. Ob sie hierüber alles getan hat,

um den grundsätzlichen Standpunkt ihrer Antwortnote vom 31. Mai mit dem notwendigen Nachdruck aufrechtzuerhalten, mag vielleicht zweifelhaft erscheinen. Inzwischen aber ist der Reichstag wieder zusammengetreten, und von ihm ist nicht zu erwarten, daß er geneigt sein wird, die Regierung zu vorbehaltloser Unterwerfung unter die Forderung des Garantiekomitees zu bevollmächtigen. Die Möglichkeit zu neuen Konflikten ist also in der Tat gegeben — wenn die unhaltbare Betrachtungsweise der Franzosen auch innerhalb der Reparationskommission Sieger bleibt. Wird Herr Poincaré gewillt und in der Lage sein, bis Ende Juli sich und die Kammer endlich eines besseren zu belehren? Wenn nicht, hätte man sich die Kosten der nächsten „Untersuchung“ wirklich sparen können.

Um die Wahrung der Finanzhoheit.

Regierung und Garantiekomitee.

Der Hauptpunkt der Verhandlungen, die in diesen Tagen zwischen der Reichsregierung und dem nach Berlin gekommenen Garantiekomitee geführt werden, ist die Frage, inwieweit die in der letzten deutschen Note grundsätzlich zugestandene Finanzkontrolle der Reparationskommission über Deutschland tatsächlich durchführbar erscheint. Inbezug auf die Prüfung der deutschen Einnahmen und Ausgaben ist daran festzuhalten, daß die Steuerhoheit Deutschlands unter allen Umständen unangefastet bleiben muß. Die deutsche Verwaltung ist ein aufs feinste ausgearbeitetes Instrument. Ein ungewollter Eingriff von außen in diesen komplizierten Apparat würde die schwersten Störungen hervorrufen, und es würde eine die gesamten Funktionen des Verwaltungs- und Wirtschaftskörpers föhrende Stockung herbeigeführt und ein Zustand geschaffen, den man schon im Interesse der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu vermeiden suchen muß. Besonders in der Steuerverwaltung ist unser Apparat ohnehin schon so belastet, daß neue und plötzliche Änderungen das Gegenteil des erhofften Erfolges hervorbringen. Weiter ist daran festzuhalten, daß das Steuergeheimnis des einzelnen unbedingt gewahrt bleiben muß. Dies ist ein Grundsatz, der in allen modernen Rechtsstaaten Geltung hat, und gerade Frankreich hat immer diesen Grundsatz in den Vordergrund gestellt.

Kapitalflucht und Statistik.

Sind die beiden anderen Beratungsgegenstände des Garantiekomitees. Zur Verhinderung der Kapitalflucht ist, worauf von deutscher Seite immer wieder hingewiesen wurde, die Zusammenarbeit aller Staaten notwendig. Es ist anzunehmen, daß von deutscher Seite dem Komitee Vorschläge hinsichtlich des erfolgreichen Zusammenarbeitens gemacht werden. In der Frage der Statistik besteht auch in Deutschland der Wunsch, unsere Statistik wieder auf den Grad der Exaktheit zu bringen, der sie in der Vorkriegszeit ausgezeichnet hat. Wenn die Garantiekommision in dieser Beziehung bestimmte Vorschläge machen wird, dürfte eine Einigung wohl zu erzielen sein.

Die Russen und wir.

Eine Nachbesserung des Rapallovertrages.

Der deutsch-russische Vertrag, der auf der Genuefer Konferenz abgeschlossen wurde, hat viele Angriffe erfahren, wurde jedoch stets mit dem Hinweis darauf verteidigt, daß ohne diesen Vertrag Rußland mit der Entente unter Ausschluß Deutschlands zu einem für uns nachteiligen Abkommen gelangt wäre. Diese Auffassung wird jetzt von Eschikowin selbst bekräftigt, der einem Berliner Pressevertreter erklärte: „Da wir zu Deutschland kein verhältnismäßig geregeltes Verhältnis hätten, können die Verhandlungen insofern für Deutschland gefährlich werden, als zwischen Deutschland und uns gegenseitig keine Verpflichtungen beständen, und wir angesichts der allgemeinen Lage unsere Handlungsfreiheit hätten ausüben müssen. Insofern also hätte der Nichtabschluß des Rapallovertrages für Deutschland schlimme Folgen haben können.“

Im übrigen ist Eschikowin bemüht, die Bedenken, die man in Deutschland und im übrigen Europa gegen die russische Politik hegt, nach Kräften zu zerstreuen. Er betont, die Befürchtung, daß Rußland versuchen würde, den Bolschewismus auch in Deutschland durchzusetzen, sei unbegründet. Zwischen der Sowjetregierung und der Dritten Internationale bestehe keinerlei Zusammenhang. Die Russen hätten niemals wirklich daran gedacht, das kommunistische System durchzuführen, sondern streben immer nur eine Verbindung des tatsächlichen Möglichen mit der kommunistischen Grundidee an. Überdies seitige sich auch der Rubel dadurch, daß die russische Regierung den Druck von Papiergeld so weit irgend möglich

einschränke. Man könne hoffen, daß eine mittlere Ernte erzielt werde und daß man der Hungersnot allmählich Herr werden könne.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Eine sächsische Denkschrift zur Teuerung.

Die sächsische Regierung hat soeben an die Reichsregierung und an den Reichstag eine Denkschrift über die zunehmende Teuerung gerichtet. Darin wird gefordert, die jetzigen Preissteigerungen lasse sich keinesfalls mehr durch den niedrigen Stand der deutschen Valuta rechtfertigen. Die ungeheure Teuerung sei auch durch keinerlei Lohn- und Gehaltserhöhung mehr völlig auszugleichen. Das bedeute, daß eine beständige Herabdrückung der Lebensweise der wirtschaftlichschwachen, nur auf Gehalt oder Lohnverdienst angewiesenen Menschen statfinde. Die Hauptschuld an der übermäßigen Preistreiberei liege bei den Erzeugern in weiten Gebieten der Industrie und Landwirtschaft. Um eine Herabsetzung der Erzeugerpreise zu erreichen, müsse deshalb bei den Erzeugern angefangen werden. Es werden damit verschiedene Reformvorschlüge gemacht, z. B. Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Inlandszucker. Von der Reichsregierung werden durchgreifende Maßnahmen gegen Wucherer und Schieber verlangt, wenn nicht schwere soziale Erschütterungen eintreten sollen.

Deutsch-Osterreich.

Der neue Finanzplan der Regierung ist fertiggestellt. Als Garantie für die von der Notenbank auszugehenden Goldobligationen wird eine Generalhypothek auf alle Liegenschaften in Vorschlag gebracht. Das ganze Steuerwesen soll von Grund auf reformiert werden. Die bestehenden Steuern und Gebühren erfahren sehr beträchtliche Erhöhungen. An neuen Steuern ist eine Kapitalzuwachssteuer in Aussicht genommen. Die Zölle werden effektiv gegen Gold bezahlt werden müssen. Die industriellen Betriebe des Staates sollen, soweit nicht besondere Interessen vorhanden sind, der Privatwirtschaft übergeben werden. Das Tabakmonopol und die Eisenbahn bleiben vorläufig noch im Vertriebe des Staates. Im Mittelpunkt aller Erparungen steht die Frage des Defizits. Auch die Wehrmacht soll auf die Hälfte ihres gegenwärtigen Bestandes reduziert werden.

Die Wahlen im Burgenland. Das voraussichtliche Ergebnis der Nationalratswahlen im Burgenland ist folgendes: Die Sozialdemokraten erhielten 4 und die Christlich-Sozialen 2 Mandate. Die restlichen Mandate werden entweder auf die Bauernbündler entfallen, oder Bauernbündler und Großdeutsche werden je ein Mandat erhalten. Das Ergebnis der Landtagswahlen im Burgenland ist wahrscheinlich folgendes: 12 Sozialdemokraten, 9 Christlich-Soziale, 6 Bauernbündler und 3 Großdeutsche. Hierzu kommen 3 Mandate der Resipunden.

Frankreich.

Frankzösische Vorbehalte für den Haag. In der vorbereitenden Kommission der Haager Konferenz erklärte der französische Delegierte, Frankreich werde sich bei der am 26. Juni beginnenden Tagung vertreten lassen. Seine Regierung wünsche aber, daß es sich nur um eine Zusammenkunft von Sachverständigen handle und daß jede politische Frage von den Beratungen ausgeschlossen sei, ferner, daß seine Regierung sich die Freiheit vorbehalte, ihre Sachverständigen jederzeit zurückzuziehen, namentlich, wenn das Ausreten der Sowjets dazu Veranlassung gebe.

Großbritannien.

Die Londoner Konferenz der Zweiten Internationale nahm vor Beendigung ihrer Verhandlungen Entschlüsse an, in denen erklärt wird, daß die Konferenz nicht länger an den Bemühungen teilnehmen kann, mit der Dritten Internationale zu einem internationalen Abkommen zu gelangen. Eine allgemeine Konferenz der sozialistischen und Arbeiterparteien tritt im Oktober in Hamburg zusammen, um die Wiederherstellung internationaler Geschäftspunkte zu erwägen, welche die sozialistischen und Arbeiterparteien zu einigen geeignet sind.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung mit den Vertretern der Parteien über die Änderung der bisherigen Wahlweise statt; die Regierung hat einen Vorschlag als Anfang zum Reichswahlgesetz ausgearbeitet.

Röln. Die Verhandlung des Prozesses gegen Smetz wegen Befeldigung der Kölnner Polizei endete mit einer Verurteilung des Separatistenführers zu zwei Monaten Gefängnis, die mit den früheren Strafen zu acht Monaten und zwei Wochen Gefängnis zusammengejogen wurden.